

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adamecz

27. Dezember 1950

Blatt 2328

Die Budgetberatungen im Rathaus

=====

Bürgermeister Körner mahnt zur friedlichen Demokratie

27. Dezember (Rath.Korr.) Heute um 9.45 Uhr wurden die Budgetberatungen des Wiener Gemeinderates mit dem Referat des Stadtrates Dr. Robetschek (ÖVP) über die Geschäftsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, fortgesetzt.

Vor Eingang in die Tagesordnung gab Bürgermeister Dr.h.c. Körner, der den Vorsitz führte, folgende Erklärung ab: "Als Bürgermeister der Stadt Wien habe ich meine Pflicht erfüllt, die Differenzen der Mehrheitsparteien beizulegen und sie zu einer weiteren ruhigen Zusammenarbeit wie bisher zu bringen und damit auch das Funktionieren des Magistrates der Stadt Wien, an dessen Spitze ich als Chef stehe, zu gewährleisten. Ich muß Sie bitten, auch künftighin die Regeln der Demokratie zu beachten, das heißt, den politischen Gegner anzuhören, mit dem besten Willen, ihn zu verstehen, und sich dann mit ihm auseinanderzusetzen und zwar friedlich und - verzeihen Sie - auch vernünftig.

Die Förderung einer friedlichen Demokratie - natürlich mit einer entsprechenden Kritik von der anderen Seite - setzt guten Willen zur Demokratie voraus, den wir besonders jetzt haben müssen, weil wir ja im Interesse der ganzen Bevölkerung zu arbeiten haben, um das Budget für das nächste Jahr zu sichern.

Es ist aber sicher zu mißbilligen, wenn man den politischen Gegner oder andere Parteien herabsetzt, mit denen man in Auseinandersetzungen gerät. Es ist falsch und zu rügen, wenn man die Gesinnung des anderen anzweifelt. Man hat bei dem anderen immer nur das Beste vorauszusetzen, mit dem guten Willen, ihn zu verstehen. Ebenso falsch ist es, wenn man die Verdienste oder Leistungen des anderen herabsetzt.

Ich bitte also, künftighin die Auseinandersetzungen nicht so lebhaft zu gestalten wie bisher, - vielleicht ist das nur ein Vorrecht der Jugend - sondern die Regeln der Demokratie zu achten, was natürlich nicht heißt, daß die Opposition nicht scharf zu Worte kommen kann!"

Unterbrechung des Berichtes

Ziehung der 122. Wiener Armenlotterie

27. Dezember (Rath.Korr.) Am Samstag, dem 23. Dezember, wurden in einer öffentlichen Ziehung die fünf Haupttreffer und 5.656 weitere Treffer der 122. Wiener Armenlotterie gezogen. Der erste Haupttreffer, 60.000 S Bargeld, entfällt auf die Losnummer 442.801. Der zweite Haupttreffer, eine komplette Wohnungseinrichtung, im Werte von 20.000 S entfällt auf die Losnummer 136.828. Die drei weiteren Haupttreffer, ein Schlafzimmer im Werte von 7.000 S, entfielen auf Nr. 129.420, ein Puch-Motorrad auf Nr. 34.333 und ein silbener Biedermeier-Teekocher auf Nr. 361.149. Ziehungslisten sind um 30 Groschen in allen Losverschleißstellen erhältlich.

Teilweise Stromstörung

27. Dezember (Rath.Korr.) Gestern abend um 20.48 Uhr sind im Stromgebiet "Leopoldstadt" einige Stromspeisepunkte der Straßenbahn ausgefallen. Dadurch wurden die Straßenbahnlinien A und B von der Brücke der Roten Armee bis Praterstraße, Linie 5 von der Buschschleife bis Am Tabor, Linie 11 von der Innstraße bis zur Stadlauer Brücke, Linie 21 vom Praterstern bis Elderschplatz und Linie 25 vom Praterstern bis Rampe der Brücke der Roten Armee stromlos. Die einzelnen Linien wurden kurz vor den stromlosen Streckenteilen umgekehrt. Der Verkehr über Ring und Kai konnte aufrechterhalten werden.

Als Ursache der Stromstörung wurden zwei schadhafte Zuleitungskabel festgestellt. Die Behebung der Schäden dauerte etwa zweieinhalb Stunden.

Die erfolgreichste Ausstellung des Jahres
=====

117.253 Besucher in "Die Frau und ihre Wohnung"

27. Dezember (Rath.Korr.) Die am 2. Dezember durch Bürgermeister Dr.h.c. Körner im Messepalast eröffnete Ausstellung "Die Frau und ihre Wohnung" wurde gestern mittag geschlossen. Insgesamt haben diese Ausstellung 117.253 Wiener und Wienerinnen gesehen. Noch am letzten Vormittag haben sich 4.800 Besucher im Messepalast eingefunden. Somit kann diese Ausstellung als die erfolgreichste nicht nur des heurigen Jahre, sondern in der Nachkriegszeit überhaupt bezeichnet werden.

Die Veranstalter sind mit dem Erfolg dieser mit viel Mühe und Kosten zustandegebrachten Kulturschau restlos zufrieden und befassen sich gegenwärtig mit dem Gedanken, die Ausstellung in einer anderen Ausstellungshalle in Wien fortzusetzen. Zufrieden sind auch die beteiligten Fachleute und Firmen, die ersteren, weil ihre Anregungen einen so freudigen Anklang beim Publikum gefunden haben, die Erzeuger wegen der vielen Bestellungen und Abschlüsse, die sie während der Ausstellung gemacht haben. In vielen Fällen werden die bestellten Wohnungseinrichtungen erst im Laufe der Zeit geliefert werden können.

Jede Eintrittskarte war bekanntlich auch ein Los. Am letzten Ausstellungstag wurden nun auch die vielen Treffer verlost. 360 Gewinner, unter ihnen auch der Besitzer des Haupttreffers, einer Wohnzimmereinrichtung, die auf die Eintrittskarte Nr. 393 entfiel, haben sich bis jetzt noch nicht gemeldet.

Vorbeugung gegen seuchenhafte Erkrankungen beim Geflügel
=====

27. Dezember (Rath.Korr.) Das Veterinäramt der Stadt Wien teilt mit:

Erfahrungsgemäß treten immer nach den Feiertagen, im Zusammenhang mit den gesteigerten Zufuhren von Geflügel, geschlachtetem Geflügel und Eiern, zahlreiche Fälle von Geflügelpest und Geflügelcholera in den Geflügelbeständen auf. Als Ursache der Infektion

ist meistens die Verfütterung von Abfällen des Schlachtgeflügels und von rohen Eierschalen festzustellen.

Zur Verhinderung dieser Seuchenfälle, die meistens den Verlust des ganzen betroffenen Geflügelbestandes zur Folge haben, muß die Verfütterung von Kropfinhalt, Geflügeldärmen, Blut und rohen Eierschalen unbedingt unterbleiben.

Solche Abfälle sind womöglich durch Verbrennen unschädlich zu beseitigen und die Eierschalen durch Auskochen zu entkeimen.

Schweinemarkt vom 27. Dezember, Hauptmarkt

=====

27. Dezember (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden 1576 inländische Fleischschweine, 347 ungarische Fleischschweine, 620 ungarische Fettschweine, zusammen 2543 Stück. Alles wurde abverkauft. Außermarktbezüge: 397 inländische Fleischschweine. Preise: inländische Fleischschweine prima Ware 11.70 bis 12.30, häufigster Preis 12.30 S, mittlere Ware 11.40 bis 11.50 (11.50) S, mindere Ware 10.60 bis 11.20 (11.-) S; ungarische Fleischschweine prima Qualität 12.30, ungarische Fettschweine prima Qualität 11.40 S.

Bei außerordentlich reger Nachfrage und ruhigem Abverkauf verteuerten sich inländische Fleischschweine bei prima Qualität um 70 g, mittlere und mindere Ware um 70 bis 80 g; ungarische Fleischschweine um 100 g je Kilogramm Lebendgewicht, ungarische Fettschweine wurden zu Vorwochenpreisen gehandelt.

Entfallende Sprechstunden

=====

27. Dezember (Rath.Korr.) Am Donnerstag, dem 28. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten, Bauer.

Fortsetzung des Berichtes

Stadtplanung und Grundbesitz

Stadtrat Dr. Robetschek (ÖVP) wies einleitend darauf hin, daß sich gewisse Agenden der Verwaltungsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, mit solchen der Verwaltungsgruppe VI, Bauangelegenheiten, überschneiden, woraus es sich leicht erklären läßt, daß in der Vergangenheit gewisse, sicher unbeabsichtigte Übergriffe in den einzelnen Kompetenzen eingetreten sind, wobei es dann dem taktvollen Verständnis des jeweils zuständigen Leiters zuzuschreiben war, daß keine Komplikationen auftraten.

Schon in normalen Zeiten begegnen städtebauliche Planungen großen Schwierigkeiten. Noch viel größer aber sind jene Aufgaben, die der Stadt Wien als Folge des zweiten Weltkrieges mit seinen argen Zerstörungen erwachsen sind. Den richtigen Weg zu finden, ohne zu sehr in die Belange der privaten Sphäre des einzelnen einzugreifen, sei nicht leicht.

Es sei ausgeschlossen, der herrschenden Wohnungsnot dadurch zu begegnen, daß man meint, allein mit dem Wohnhausbau aus öffentlichen Mitteln zu einer Lösung der Krise zu kommen, weil eben auch der private Wohnhausbau entsprechend gefördert werden muß. Bedauerlicherweise seien der Bautätigkeit der Stadt dadurch natürliche Grenzen gesetzt, daß die Eigentümer unverbauter Grundstücke nicht ohne weiteres bereit sind, brachliegendes Land der Stadt Wien gegen den amtlichen Schätzpreis zur Verfügung zu stellen. Der Referent betont, er wäre froh, der zuständigen Abteilung den Auftrag geben zu können, bei der Bemessung der Preise nicht nach den bisherigen Richtsätzen vorgehen zu müssen, weil dann gewiss eine größere Bereitwilligkeit der Eigentümer unverbauter Grundstücke vorhanden wäre. Allein die Bestimmungen eines neuen Wiener Wiederaufbaugesetzes, die bereits im Entwurf vorliegen, werden nicht ansreichen, die gegenwärtige Situation zu mildern. Es werden hiedurch vielmehr die bestehenden Schwierigkeiten einer erweiterten Stadtplanung noch verschärft.

So sehr sich die Verwaltung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft bemühen muß, möglichst wenig in die private Sphäre des einzelnen einzugreifen - betont Stadtrat Dr. Robetschek - ebenso müssen aber auch irgendwelche privilegierten Vorrechte einzelner Gruppen oder eines einzelnen dort fallen, wo es sich um das Wohl der Gesamtheit oder die Erreichung eines bestmöglichen Erfolges für die Allgemeinheit handelt.

Garagenprobleme

Der Referent zeigt hierauf verschiedene Probleme der Wiener Garagenplanung auf und betont in diesem Zusammenhang, daß bei Eintritt normaler Verhältnisse mit einem weiteren starken Ansteigen der Verkehrsmittelzahlen zu rechnen sei. Deshalb müsse schon heute mit der Planung von Einstellungsmöglichkeiten, auch im inneren Stadtgebiet, begonnen werden. Hier wäre vor allem das Gebiet zwischen Seilerstätte, Dominikanerbastei und Ring und das Gebiet nördlich des Salzgries und des Kaiviertels heranzuziehen. Auch an den Bau unterirdischer Garagen unter Parkflächen solle gedacht werden.

Im abgelaufenen Jahr sind Erhöhungen in dieser Gruppe nur bei den Benützungsgebühren in den städtischen Wäschereien und beim Fuhrpark aufgetreten. Andere Tarif- und Gebührenerhöhungen konnten trotz gesteigerter Kosten vermieden werden. In letzter Zeit ergab sich, bedingt durch frühere Lohnsteigerungen, die Notwendigkeit einer Erhöhung der Gräbergebühren sowie der Coloniagebühren.

Die Tätigkeit der Baupolizei

In einer Übersicht über die Tätigkeit der Baupolizei teilte der Stadtrat mit, daß im abgelaufenen Jahre in 6.100 Fällen Baubewilligungen neu erteilt wurden. Hievon ist ein beträchtlicher Anteil auf Neu- und Wiederaufbauten entfallen, wenn auch die Wiederaufbauten vielfach wegen der noch fehlenden Geldmittel nicht in Angriff genommen werden konnten. Mehr als 1.400 Fälle betreffen Bauschäden an bestehenden Gebäuden. Aus dem hohen Aktenanfall der Baupolizei ist der geradezu bedrohliche Verfall der Wiener Häuser deutlich erkennbar. Wenn man bedenkt, daß von insgesamt 61.000 Wiener Häusern 42.000 aus einer Zeit vor 1914, 11.700 aus der Zeit von 1915-1929, 5.500

aus der Zeit von 1930-1938, 670 aus der Zeit von 1939-1945, 248 aus der Zeit von 1945-1948 und rund 650 aus unbekanntem Baujahren stammen, kann man sich vorstellen, wie groß die Zahl jener Schäden ist, die an all diesen Häusern im Laufe der Zeit festgestellt werden müssen. Rund 30.000 Häuser sind mehr als 80 Jahre alt. Bedenklich ist insbesondere der Zustand der oberen Decken, die vielfach vermorscht sind und im Laufe der nächsten Jahre immer wieder zu Einstürzen führen werden, aber auch die Beschaffenheit der Gesimse und Fassaden, die jederzeit Abstürze lockerer Mauerteile befürchten lassen. Auch die Zahl jener Häuser, deren Instandsetzung absolut unwirtschaftlich ist, nimmt ständig zu. Wenn trotzdem Investitionen in solchen überalterten Objekten erfolgen, so ist dies zwar aus der Not der Zeit geboren, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aber abzulehnen. Aus dem Wunsche heraus, möglichst viele Wohnungen noch für lange Zeit zu erhalten, stellt man Demolierungen zurück, obwohl nicht nur die technische sondern auch die wirtschaftliche Abbruchreife längst gegeben ist. Stadtrat Dr. Robetschek spricht bei dieser Gelegenheit den Beamten der Baupolizei, die unter den widrigsten Umständen ihren äußerst verantwortungsvollen Dienst leisten, seinen besonderen Dank aus. Die Baupolizei habe alle gestellten Anforderungen mustergültig gelöst. Die Leistung der Wiener Baupolizei von 1945 bis zum heutigen Tag gehöre auf ein besonderes Ruhmesblatt der Geschichte dieser Stadt. (Beifall bei der Volkspartei.)

21.900 Beerdigungen - 2.534 Einäscherungen

Bezüglich der Friedhöfe teilt der Stadtrat mit, daß im abgelaufenen Jahre 21.900 Beerdigungen und 2.534 Einäscherungen erfolgten. Vor wenigen Tagen wurde eine neue Friedhofs- und Gräberordnung im Entwurf fertiggestellt, die allen Wünschen und Bedürfnissen entsprechen dürfte. Gleichzeitig mit der Erhöhung der Friedhofsgebühren soll eine Vereinheitlichung des derzeitigen Tarifes Platz greifen. Für 99 städtische Friedhöfe stehen nämlich derzeit 11 verschiedene Gebührensätze in Anwendung. Die Grabstellengebühren wurden gegenüber 1937 bisher nur um 25 % erhöht. Da weitere Einsparungen den klaglosen Betrieb gefährden würden und weil die durch die Kriegs- und Nachkriegsjahre be-

dingte Verwehrlosung der Friedhöfe allmählich beseitigt werden muß, hat sich diese Erhöhung, die zwischen 8 und 25 % betragen wird, als notwendig erwiesen. Sie wird 2 Millionen Schilling jährlich Mehreinnahmen bringen, was für jeden Beerdigungsfall eine Mehrbelastung von 100 S bedeuten wird.

In diesem Zusammenhang beantwortete der Stadtrat Dr. Robetschek auch eine Anfrage von Abgeordneten des Linksblocks, die sich mit der argen Verwüstung des historischen Judenfriedhofes in Währing befaßte. Nach 1945 konnten nur die allerdringlichsten Arbeiten vorgenommen werden, da die Israelitische Kultusgemeinde hinsichtlich des Währinger Friedhofes und anderer Friedhöfe ein Rückstellungsverfahren anhängig machte, welches noch nicht erledigt ist. Die Gemeinde Wien habe daher keine Möglichkeit, bis zur Klärung der Eigentumsverhältnisse Geldmittel auszugeben. Sie konnte daher nur vordringlichste Gebrechen an der Einfriedung beheben. Nach Abschluß des Restitutionsverfahrens werde es möglich sein, den historischen jüdischen Friedhof wieder in seine ursprüngliche Form zu bringen.

Die städtischen Wäschereien sollen im kommenden Jahr weiter ausgebaut und modernisiert werden.

Die Abteilung technische Verkehrsangelegenheiten wird sich im Jahre 1951 dem Ausbau der Verkehrsanlagen, der teils bereits aus Gründen der Sicherheit notwendig ist, widmen. Bedeutsam war auch die im abgelaufenen Jahre von dieser Magistratsabteilung geleistete Mitwirkung beim Auf- und Ausbau des Wiener Westbahnhofes.

Fuhrwerksbetrieb und Straßenpflege

Als erfreulich bezeichnet es Stadtrat Dr. Robetschek, daß die Magistratsabteilung 48, Fuhrwerksbetrieb und Straßenpflege, seit dem 1. Jänner 1949 keinerlei Dienstleistungen für private Zwecke durchgeführt hat. Es soll Sorge getragen werden, daß sich der städtische Fuhrpark ausschließlich auf die Beistellung von Fahrzeugen für die Straßenpflege und die Müllabfuhr beschränkt. Der durch den Krieg stark aufgeblähte Fuhrpark - er umfaßte im Jahre 1947 650 Lastkraftwagen und 128 Spezialwagen - konnte durch den Abverkauf aller unrationell und unwirtschaftlich geführten Lastkraftwagen und Personenkraftwagen verringert werden.

Der derzeitige Fuhrpark umfaßt 305 LKW, 66 PKW und 164 Sonderfahrzeuge, 2 Autobusse und 2 Rüstwagen. Künftighin sollen nur Fahrzeuge für Spezialzwecke gehalten werden. Für das Jahr 1951 ist mit einem weiteren Abverkauf von LKW und PKW zu rechnen.

Durch die Wiederherstellung der kriegsbeschädigten Garagen im 5. und 20. Bezirk war es möglich, den Betrieb in fast allen gemieteten Privatgaragen aufzulassen.

Der Verbrauch an festen Brennstoffen, Gas, Strom und Autobetriebsmaterial ist stark gestiegen. Allein der Bedarf an Benzin und Benzol hat sich um rund 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht. Für 1951 wurden für den LKW-Betrieb eine Million Liter Benzin-Benzol-Gemisch, 920.000 Liter Dieselöl und 85.000 kg Schmierstoffe im Werte von 3,5 Millionen Schilling und 175.000 Liter Benzin-Benzol-Gemisch, sowie 6.500 kg Schmierstoffe für den Personenkraftwagenbetrieb mit einem Erfordernis von rund 400.000 Schilling veranschlagt.

Für bauliche Investitionen ist ein Betrag von 1,5 Millionen Schilling vorgesehen. Dafür soll der Ausbau der Garage XX vorgenommen werden. Auch die durch Kriegsereignisse zerstörten Objekte der Garage V am Margaretengürtel sollen im Zuge des Wohnbauprogrammes aufgebaut werden. Hiefür sind 2 Millionen Schilling erforderlich.

13 Millionen Quadratmeter Straßen müssen gereinigt werden

Die Straßenpflege hat derzeit eine Fläche von 13 Millionen Quadratmetern zu reinigen. Es ist beabsichtigt, den unzureichenden Stand von 164 Spezialfahrzeugen im kommenden Jahr durch die Inbetriebnahme von 5 Kehrzügen, Sammelmaschinen, einer Kleinkehrmaschine, Sprengwagen, Stadt- und Kleinautopflügen zu verbessern. Der Straßenarbeiterstand soll um 100 Personen erhöht werden, Straßenpflegedepots werden errichtet und 6.000 neue Bodenstutzen und 25.000 neue Kehrrichttonnen angeschafft. Die Straßenpflege soll damit auf den neuesten und modernsten Stand gebracht werden. Es wurde auch mit den Vorarbeiten zur Errichtung einer Müllverbrennungsanlage begonnen.

Durch das 3.Lohn- und Preisübereinkommen und das Nachziehverfahren war die Erhöhung der Hauskehrabfuhrgebühren notwendig. Die monatliche Mehrbelastung pro Haushalt beträgt

40 Groschen.

Zur Schaffung größerer Anschüttungsflächen am Kehrichtsammelplatz am Bruckhaufen ist die weitere Absiedlung von Handelsgärtnern notwendig. Hier müssen entsprechende Beträge zur Beschaffung von Ersatzgründen bereitgestellt werden.

63 moderne Kehrichtsammelwagen

Zur Erneuerung und Ergänzung des Fahrparks der Straßenpflege ist ein Betrag von rund 3 Millionen Schilling vorgesehen; allein 2,5 Millionen Schilling für die Erneuerung und Ergänzung der Spezialfahrzeuge der Kehrichtabfuhr. Es ist die Anschaffung von 6 Wibro-Kehrichtsammelwagen, eines Bergmüllwagens, einer Kleinkehrmaschine, eines Kübelwaschzuges sowie einiger kleinerer Geräte geplant. Mit den 6 neuen Kehrichtsammelwagen wird die Zahl der vorhandenen auf 63 steigen; damit ist der Bedarf an modernen Müllwagen in Wien gedeckt.

Die städtischen Forste

Bei der Stadtforstverwaltung wird sich für die im Großraum Wiens liegenden städtischen Forste im Jahre 1951 ein Gebarungsabgang von 1.58 Millionen Schilling ergeben. Dieser Abgang entsteht durch die Erhöhung der Gehälter und Löhne der Arbeiter und Angestellten, den Mindereinnahmen für Holz, dem Mehraufwand für die Instandsetzung der Holzabfuhrwerke, usw. Wegen der gewaltigen Überschlägerungen in den Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegsjahren ist in vielen Gebieten eine weitere Schlägerung im Interesse der Erhaltung der Wälder nicht mehr möglich. Die für das Jahr 1951 zur Schlägerung vorgesehen 1.990 Festmeter Nutzholz werden fast ausschließlich als Bauholz dem städtischen Wohnbau zugeführt. Bei den sieben städtischen Forstverwaltungen außerhalb des Großraumes von Wien wurden im laufenden Jahr über 36.000 Festmeter Holz geschlägert, wovon das Blockholz zum überwiegenden Teil an das eigene Sägewerk in Hirschwang geliefert wurde. Rund 3.500 Kubikmeter Schnittholz wurde zu Schiffböden verarbeitet; aus diesem Anlaß wurde im Sägewerk Hirschwang eine eigene Trockenanlage modernster Ausführung errichtet.

Es wurden auch zahlreiche Arbeiterwohnhäuser und Forstgebäude instandgesetzt und weiter ausgebaut. Stadtrat Dr. Robetschek berichtet in diesem Zusammenhang auch über den Ausbau von Wildbächen und den Bau einer Waldstraße.

Abschließend nimmt der Referent zu den gegen Stadtforstdirektor Dipl.Ing. Kolowrat erhobenen gehässigen und unsachlichen Angriffen Stellung. Trotzdem er diesen Anschuldigungen keinen Glauben schenkte, ließ er Untersuchungen anstellen deren Ergebnis folgendes war: Die Wiener Stadtforstverwaltung erfreut sich allerhöchster Anerkennung und ihr Leiter, Dipl.Ing. Kolowrat, gilt weit über Österreich hinaus als besonderer Fachmann auf dem Gebiete des Forstwesens. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.) Der Redner ersucht die völlig unmotivierten Angriffe einzustellen und im Zusammenwirken zwischen den einzelnen verwandten Magistratsabteilungen zu versuchen, nur die sachlichen Leistungen im Auge zu behalten und sie zum Wohle diese Stadt einzusetzen.

Er dankt in diesem Zusammenhang allen Beamten, Angestellten und Arbeitern seiner Verwaltungsgruppe für die im abgelaufenen Jahr erzielten Erfolge und Bemühungen und hofft, daß es gelingen möge, im kommenden Jahr noch mehr und noch besser für das Wohl der Wiener Bevölkerung zu arbeiten.

Die Debatte über Kapitel VII

In der Debatte sprach als erster Redner GR. Dr. Matejka (LBl.). Er nimmt einleitend zu den Worten des Bürgermeisters zu Beginn der Sitzung über friedliche Demokratie Stellung und betont, daß auch der Linksblock immer die Meinung vertreten habe, daß es ohne Frieden keine Demokratie geben kann. Ebenso nahm Dr. Matejka die Worte des Bürgermeisters, daß die Opposition scharf zum Ausdruck kommen soll, mit Befriedigung zur Kenntnis.

Sodann beschäftigt sich der Redner mit der Doppelgeleisigkeit in den Geschäftsgruppen VI und VII und spricht sich für eine intensive Zusammenarbeit der beiden Stadträte aus.

Im Zusammenhang mit den großen Bauaufgaben der Stadt Wien erhob der Redner im Namen seiner Fraktion die Forderung, jüngere Beamate in leitender Stellung zu beschäftigen, weil sie nicht so wie die älteren durch die bisherigen Versäumnisse belastet sind. Der Nachwuchs auf diesem Gebiet sei vorhanden.

GR. Dr. Matejka erneuerte auch die schon im vorigen Kapitel von ihm aufgestellte Forderung nach einer Information des Gemeinderates über die bisherige Arbeit der Planung. Er erörtert auch die Notwendigkeit der Bodenbeschaffung und die Verpflichtung der Grundbesitzer, Boden für die gesamten Interessen der Stadt zur Verfügung zu stellen.

Der Redner beschäftigt sich dann mit der städtischen Straßenpflege und kritisiert besonders die mangelnde Schneecabfuhr während der Weihnachtstage. Er bemängelt, daß die Hausbesorger für die Reinigung der Gehsteige kein Entgelt bekommen und schlägt auch erzieherische Maßnahmen vor. Vor allem müsse der Bevölkerung immer wieder in Erinnerung gerufen werden, die Rinnsale freizuhalten, damit bei Tauwetter das Wasser ungehindert abfließen kann.

Der Redner setzt sich dafür ein, daß endlich das Problem der Errichtung einer Sporthalle in Wien gelöst wird, indem eine entsprechende Bodenwidmung vorgenommen wird.

Die Friedhofsverwaltung und der zuständige Stadtrat mögen sich an die Spitze einer Aktion stellen, die eine Art Entschandlung oder Entkitschung der Friedhöfe anstrebt.

Da die derzeitige Bauordnung veraltet sei, solle die in Geltung stehende Bauordnung nicht nur novelliert, sondern vollkommen neu gestaltet werden.

GR. Kutschera (ÖVP) setzt sich dafür ein, daß endlich ein Schlußpunkt hinsichtlich der Errichtung von Kiosken gesetzt wird.

Die einfachste Methode, das Wildsiedeln endgültig zu unterbinden, wäre eine Subventionierung der Siedler durch die Stadt Wien, weil man dann von Haus aus die Möglichkeit hätte, alle Siedlungswilligen zu erfassen.

Es sei zu begrüßen, daß wiederum ein größerer Betrag für die Vergebung von Arbeiten an Zivilingenieure zur Verfügung gestellt wurde, da nicht nur Monopolbetriebe aufgezo-gen werden sollen, sondern auch die private Wirtschaft wieder angekurbelt werden soll.

Im Rahmen der Schuttaktion wurden bis 15. Dezember 1950 717 Augenscheine durchgeführt, wobei 449 Aufträge zur Räumung erteilt wurden. 116 Aufträge sind in Rechtskraft erwachsen, die übrigen Betroffenen haben den Rekursweg beschritten. Es sei als ein Erfolg der ÖVP anzusehen, daß auch jene Grundstücke Darlehen aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds erhalten, bei denen auf Grund einer Ersatzvorschreibung zwangsweise eine Hypothek auferlegt wurde.

Obwohl über das Gebiet, wo der neue Wiener Hafen entstehen soll, eine Bausperre verhängt wurde, wurden dort Bauarbeiten begonnen. Der Stadtrat möge bekanntgeben, ob eine Baugenehmigung erteilt wurde, Sollte dies nicht der Fall sein, müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, um diesen Bau zu verhindern. Sollten untergeordnete Stellen Zusagen irgendwelcher Art gemacht haben, ohne den zuständigen Ausschuß zu befragen, soll eine **strenge Untersuchung** eingeleitet werden.

Der Amtsführende Stadtrat möge alles daransetzen, die vollkommen ohne gesetzliche Grundlage arbeitende Wiederaufbaukommission ehestens zum Verschwinden zu bringen.

Mit gutem Willen sei es gelungen, den städtischen Fuhrpark zu modernisieren und den Personalstand zu verringern. Auch auf diesem Gebiete sollen möglichst viele Fuhrleistungen an gewerbeberechtigte private Fuhrwerker vergeben werden. Bedauerlicherweise werden Rechnungen für geleistete Arbeiten durch die Gemeinde Wien erst nach Monaten beglichen.

Die Hauptwerkstätte des Fuhrparkes sei schon monatelang ohne verantwortlichen Leiter. Hier solle ehestens ein Fachmann zur Leitung berufen werden.

Obwohl der für die Straßenpflege verantwortliche Stadtrat alle erforderlichen Maßnahmen eingeleitet habe, und insbesondere der Schneesäuberung ein besonderes Augenmerk zugewendet wurde, scheitern alle diesbezüglichen Maßnahmen daran, daß nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen. Der Finanzreferent möge zusätzliche Mittel freigeben, weil mit den zur Verfügung gestellten Mitteln die Schneesäuberung nicht durchgeführt werden könne.

Es fehlen auch noch unzählige Verkehrszeichen und wichtige Sicherheitsmaßnahmen. Auch hier ist der zur Verfügung gestellte Betrag zu gering.

Ferner müsse in der Beseitigung der Lärmplage noch vieles getan werden. Vor allem sei es nicht notwendig, die bereits überlasteten Nerven der Stadtbevölkerung durch Lautsprecherreklame noch zusätzlich zu belästigen.

Bedauerlicherweise seien die Friedhofsgebühren mit Wirkung vom 1. Jänner erhöht worden. Die Zustände auf den Wiener Friedhöfen seien teilweise skandalös; statt Gehwege finde man dort Kotmeere. Er richte an den Stadtrat die Anfrage, was zur Behebung dieser unmöglichen Zustände, die sich mit der Pietät unserer Bevölkerung nicht vereinbaren lassen, geschehe.

Der Redner stellt sodann den Antrag, für die Kriegsgräberbetreuung zu der im Budget vorgesehenen Summe noch einen außerordentlichen Zuschuß bereitzustellen. Die für diesen Zweck vorgesehenen Mittel seien äußerst bescheiden. Es müssen hier private Organisationen wie das Schwarze Kreuz Aufgaben erfüllen, die eigentlich von der Gemeinde Wien erfüllt werden müßten.

Der Redner wendet sich sodann den Stadtforsten zu und erklärt, diese Stadtwälder, vor allem im Wiener Wald, stellen nicht Ertragsforste, sondern ausgesprochene Wohlfahrtswälder, ja Naturschutzgebiete für die Wiener Bevölkerung dar. An diesem Waldbestand wurde im letzten Jahrzehnt ausgesprochener Raubbau getrieben, der nicht verantwortet werden kann. In den Jahren 1940 bis 1948 wurden statt 93.000 193.000 Festmeter geschlagen, es erfolgte also eine Überschlägerung von rund 100.000 Festmeter. Nach forstwirtschaftlichen Berechnungen dürfte in den nächsten acht Jahren überhaupt keine Schlägerung erfolgen, um diese Überschlägerungen der letzten Jahre auszugleichen. Der Redner appelliert an den Finanzreferenten der Stadt Wien, mit dem Abholzen der Wiener Stadtwälder endgültig Schluß zu machen und dem Wald jene Ruhe zu geben, den er im Interesse der Gesamtbevölkerung Wiens braucht. Raubbau an unserem Wald ist auch Raubbau an unserer Bevölkerung.

Im Lainzer Tiergarten diene die Hohenauer Wiese leider noch immer als Truppenübungsplatz für ein Besatzungselement. Der Bürgermeister der Stadt Wien möge bei den Alliierten intervenieren, damit diesem Zustand ein Ende bereitet werde. Dabei sei auch fest-

zustellen, daß alliierte Truppen mit ungeeigneten Waffen in den Wäldern und Forsten unserer Heimat jagen, obwohl eine Weisung des alliierten Rates bestehe, die von allen vier Besatzungsblenden unterschrieben sei, wonach sämtliche Truppen in Österreich Jagdverbot haben. Auch in dieser Angelegenheit möge der Bürgermeister bei den Alliierten vorsprechen.

Die Volkspartei werde dem Kapitel "Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten" ihre Zustimmung geben. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

GR. Fronauer (SPÖ) stellte an die Spitze seiner Ausführungen einige Berichtigungen von im Kleinen Volksblatt erschienenen polemischen Notizen, die, wie der Redner feststellte, wider besseres Wissen verfaßt wurden. So sei es u.a. unwahr, daß anlässlich der Verpachtung eines Gemeindegrundstückes an das Zoologische Institut die sozialistischen Mitglieder des Gemeinderatsausschusses VII einen höheren Pachtzins verlangt hätten. Er erklärte, seine Partei war der Ansicht, daß wenn die Verpachtung dieses Grundstückes wirklich rein wissenschaftlichen Forschungszwecken dienen soll, man von der Einhebung eines Pachtzinses absehen könne. Aus diesem Grunde wurde die Zuweisung des Geschäftsstückes an den Stadtrat für Finanzwesen verlangt.

Zu dem Artikel "Garagen sind überflüssig", erklärt GR. Fronauer, daß die Zurückstellung und nicht die Ablehnung dieses Geschäftsstückes, das den Bau von zwei Privatgaragen vorsah, beantragt wurde, um die ganze Garagenfrage im Zusammenhang mit dem Stadtkern, der Verkehrsdichte, der Motorisierung usw. zu lösen. Es wurde damals die Einberufung einer Enquete mit Zuziehung aller Fachabteilungen und von Fachmännern verlangt. Der Redner erklärt, eine solche Polemik wäre nicht die Methode, Verwaltungsaufgaben einer so großen Verwaltungskörperschaft wie Wien zu erledigen.

Zu dem von GR. Kutschera (ÖVP) erwähnten Bau eines Hegerhauses im Raxgebiet, erklärt der Redner, daß um den genannten Baupreis für dieses Haus dreieinhalb Wiener Gemeindewohnungen gebaut werden könnten.

Der Bau dieses Hauses, der auch dem Familienstand und dem Aufgabenkreis des Hegers nicht entspricht, wäre nicht zu verantworten.

Der Redner tritt sodann für die Schaffung eines Gemeindeaufsichtsrates gegen wildes Bauen ein. So wird derzeit u.a. am Wolfersberg trotz Einspruches der Baukommission ein drei Stock hohes Haus errichtet. Wie der Bezirksvorstehung des 14. Bezirkes bekannt wurde, soll Vizebürgermeister Weinberger sich gegen dieses Bauverbot eingeschaltet und Verhandlungen darüber angeregt haben. Der Redner erklärt, daß man sich in solchen Verhandlungen jedoch auch nach der Bauordnung halten müsse und verlangt, daß die geschaffenen Gesetze und Forderungen auch eingehalten werden müßten.

Im Zusammenhang mit der schon von GR. Dr. Matejka aufgeworfenen Frage der Bodenbeschaffung stellte der Redner fest, daß diese große Sorgen bereite. Es ist ungemein schwierig, für die soziale Wohnbautätigkeit ein freies Stück Boden zu bekommen. Dabei gibt es noch genügend Baulücken im Stadtgebiet von Wien. Allein in Privatbesitz befinden sich nach einer Statistik aus dem Jahre 1948 Plätze für rund 43.000 Wohnungen; im öffentlichen Besitz sind Baulücken für rund 10.000 Wohnungen. Der Redner kritisiert auch, daß viele Bauvorhaben genehmigt wurden, obwohl sie nicht der bauklassenmäßigen Verbauung entsprechen, wodurch viele Wohnungen der Stadt Wien entzogen werden. Es sind insgesamt 65 Baustellen mit 780 Wohnungen.

Redner beschäftigt sich dann mit den vom GR. Kutschera vorgebrachten Beschwerden über die Schutzräumaktion. Er zitiert in diesem Zusammenhang einen Artikel des "Kleinen Volksblatt", eine Stellungnahme der "Rathaus-Korrespondenz" und des Handelsministeriums. Er verwahrt sich auch dagegen, daß es eine sogenannte ungesetzliche Baukommission gäbe. Er habe in Erfahrung gebracht, daß nur allmonatlich die leitenden Fachbeamten der Baudirektion eine Besprechung abhalten; dies ist jedoch keine Kommission mit gesetzlicher oder Verordnungswirksamkeit.

Zu den Klagen über den Personalmangel bei der Baupolizei bemerkt GR. Fronauer, daß die leitenden Funktionäre alles tun, um diesen Personalmangel zu beheben.

Es ist jedoch nicht leicht, akademisch vorgebildete Beamte in den Gemeindedienst einzustellen, weil die Besoldungsverhältnisse in der Privatwirtschaft besser sind. Außerdem ist bei der Baupolizei eine gewisse Erfahrung notwendig, um diesen Dienst im Interesse der Bevölkerung zu versehen.

Bei den Friedhöfen regt der Redner eine Typisierung und Normung der Grabstätten an, durch die nicht nur das äußere Bild der Friedhöfe schöner gestaltet, sondern auch die Wege besser angelegt werden könnten. Er weist auf das Beispiel des Krematoriums hin.

Zu den technischen Verkehrsangelegenheiten verlangt der Redner, daß die Durchführung der Hausnummernbeleuchtung fortgeführt werde. Auch die Frage der Kioske müsse einer wirklichen Lösung zugeführt werden.

Zur Straßenpflege gibt GR. Fronauer die Anregung, daß der städtische Kehrdienst mehr mechanisiert wird. Er richtet auch einen Appell an die Bevölkerung, verwertbare Abfälle nicht in die Coloniakübel zu werfen.

Schließlich spricht GR. Fronauer über die Forstverwaltung und macht in diesem Zusammenhang auf die Gefährdung des Wiener Waldes und der Quellschutzgebiete aufmerksam, die durch den Krieg und die Nachkriegszeit schwer gelitten haben. Er verlangt die Einleitung von Maßnahmen, um die Waldbestände zu sichern, sowie die Planung der Aufforstung. Redner stellt die Forderung nach einer Kommission aus Fachleuten, die diese Frage studieren sollen. In diesem Zusammenhang verlangt GR. Fronauer auch die Schaffung eines Naturschutzgesetzes. Der Wiener Wald müsse gesetzlich geschützt werden. Das gleiche golt auch für den Lainzer Tiergarten. Fünfeinhalb Jahre nach dem Krieg werden von einer Besatzungsmacht gegen jedes Recht und Gesetz die letzten Reste unseres Wildbestandes abgeschossen. GR. Fronauer bittet den Bürgermeister, sich deswegen an die Bundesregierung zu wenden und Abhilfe zu schaffen.

Im übrigen gab der Redner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen des VII. Hauptstückes.

Stadtrat Dr. Robetschek bedauert in seinem Schlußwort, daß seinem Appell, sich aller persönlichen Angriffe zu enthalten, nicht ganz Folge geleistet wurde; einzelne Ausführungen seien auch nicht ganz sachlich gewesen.

Der Referent nimmt sodann zu den Ausführungen der einzelnen Debattenredner Stellung. GR. Dr. Matejka habe auf den chronischen Personalmangel bei der Baupolizei hingewiesen. Dies liege daran, betont Stadtrat Dr. Robetschek, daß alle Versuche, geeigneten Nachwuchs für die bautechnischen Abteilungen zu erhalten, bisher fruchtlos geblieben seien. Die Gemeinde sei wie alle anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften eben nicht in der Lage, für qualifizierte Kräfte Sonderverträge abzuschließen.

Wien verfüge tatsächlich über genügend Müllgroßraumwagen. 57 sind bereits in Verwendung, weitere 6 sollen angeschafft werden, womit der Bedarf voll gedeckt ist.

Zu der von GR. Dr. Matejka aufgeworfenen Frage der Schneesäuberung, stellt der Referent fest, daß zwar alle notwendigen Spezialgeräte zur Verfügung stehen, daß sich aber bedauerlicherweise gerade in diesem Jahr viel zu wenig Schneearbeiter gemeldet haben, um die Schneesäuberung rasch bewerkstelligen zu können. Diese Feststellung stehe in kräftigem Widerspruch zu der Behauptung, daß aus der großen Zahl der Arbeitslosen jederzeit genügend Schneearbeiter bereitgestellt werden könnten.

Bei dem überraschenden Schneefall am 19. Dezember wurden neben den eingesetzten Schneepflügen zu den vorhandenen Straßenarbeitern 643 Schneearbeiter aufgenommen und ferner 10 Streuwagen zur Bekämpfung des Glatteises eingesetzt. Am 21. Dezember wurden sämtliche Schneeräumgeräte eingesetzt und außerdem zu dem ständigen Personal von 1034 Personen 1958 Schneearbeiter aufgenommen. Trotz wiederholter Aufrufe war es nicht möglich, weitere Schneearbeiter aufzutreiben. Für eine reibungslose Schneesäuberung wären jedoch 5000 Schneearbeiter pro Tag notwendig.

Eine Übernahme der Gehsteigreinigung durch die Gemeinde Wien müsse im Sinne der bestehenden Gesetze abgelehnt werden. Für die 61.000 Häuser in Wien müßten rund 20.000 Menschen aufgenommen werden.

Die geplante Sporthalle aus Holz auf dem Platz des Wiener

Eislaufvereines ließ man deshalb nicht errichten, weil die Errichtung einer solchen Holzbaracke neben dem Konzerthaus schon aus architektonischen Gründen nicht gebilligt werden könnte.

Der Referent habe die Ausführungen des GR. Dr. Matejka über die Entkitschungsaktion der Wiener Friedhöfe nicht recht verstanden, da seines Wissens auf den Friedhöfen keine kitschigen Anlagen errichtet sind.

Die vom gleichen Redner kritisierte Wiener Bauordnung sei eine der modernsten Österreichs, da sie erst im Jahre 1929 geschaffen wurde. Sollte es notwendig sein, könne diese Bauordnung jederzeit entsprechend novelliert werden.

Zu dem Verlangen nach verstärkter Lärmbekämpfung gibt der Stadtrat bekannt, daß vor wenigen Tagen mit der Polizeidirektion ein Abkommen getroffen wurde, wonach den Lautsprecher- und Reklamefahrzeugen entsprechende Verpflichtungen auferlegt werden. Künftighin werden Reklamefahrzeuge nur gewisse Straßen befahren dürfen, sie werden ein gewisses Tempo einhalten müssen und eine gewisse Lautstärke nicht überschreiten dürfen. Überdies müssen sie ihre Verlautbarungen durch Pausen unterbrechen. Vor Krankenhäusern, Bahnhöfen und Schulen sollen Reklamesendungen überhaupt verboten sein.

Zu der Kritik an den schlechten Straßen- und Wegeverhältnissen auf den Wiener Friedhöfen könne er nur die Versicherung abgeben, daß er zusammen mit der Friedhofsverwaltung bemüht sei, diesem Übelstand ein Ende zu bereiten. Dies sei jedoch nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Budgetmittel möglich. Nun habe das Straßen- und Wegenetz auf den Friedhöfen ein Flächenausmaß von 1.5 Millionen Quadratmeter. Aus den Budgetmitteln können höchstens 40.000 bis 60.000 Quadratmeter Wege instandgesetzt oder neu angelegt werden. Um alle Straßen und Wege auf den Wiener Friedhöfen herzurichten, wären 30 Millionen Schilling erforderlich, ein Betrag, der natürlich nicht auf einmal aufgebracht werden kann. Die zuständige Magistratsabteilung habe weiter einen ausgezeichneten Plan vorgelegt, um zu einer besseren Bodenauswertung auf den Friedhöfen zu kommen. Auf Grund dieser Bedingungen werde es vielleicht möglich sein, eine ganze Reihe von Wiener Friedhöfen auflassen zu können.

Hinsichtlich des Lainzer Tiergartens könne er, erklärt Stadtrat Dr. Robetschek, nur seinen Appell an die Besatzungsmächte wiederholen, das herrliche Naturschutzgebiet des Lainzer Tiergartens zu erhalten und von militärischen Übungen in diesem Gelände abzusehen. Es sei richtig, daß der Prater Auwald wie auch die anderen Auwälder einer fortschreitenden Verschlechterung in seinem Bestand unterliege und daß die Gefahr des Aussterbens nicht von der Hand zu weisen sei. Die Donauregulierung habe durch die Entziehung des Grundwasserstandes nachteilige Wirkungen gezeitigt. Es wäre daher notwendig, durch entsprechende Vorkehrungen hier rasch Abhilfe zu schaffen, damit eine Verwahrlosung und ein Absterben dieses für Wien unbedingt wichtigen Auwaldes vermieden wird.

Abschließend ersucht der Stadtrat nochmals um Annahme der Ansätze seiner Verwaltungsgruppe und empfiehlt des Antrag der Gemeinderäte Kutschera und Genossen auf Bereitstellung eines außerordentlichen Zuschusses für die Kriegsgräberbetreuung zur Zuweisung an den zuständigen Gemeinderatsausschuß. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung wird die Gruppe VII "Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten" angenommen und der Antrag Kutschera dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Die Feiertage bei den Verkehrsbetrieben:
=====

Nur mäßige Frequenz - 2,8 Millionen Passagiere in drei Tagen

27. Dezember (Rath. Korr.) Der Verkehr auf der Straßenbahn war während der Weihnachtsfeiertage im Vergleich zu den vergangenen Jahren nur schwach. Lediglich am Sonntag setzte wie jedes Jahr vor dem Weihnachtsabend in den Vormittags- und Nachmittagsstunden ein starker Verkehr zu und von den Friedhöfen, namentlich zum Zentralfriedhof, ein. Die vorgesehenen Zugverstärkungen auf den Linien 6, 18, 35 und 74 hatten sich als ausreichend erwiesen, sodaß der Verkehr glatt bewältigt werden konnte.

Der Ausflugsverkehr war an den drei Feiertagen bedingt durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse. Die für den Wintersport vorgesehenen Verstärkungen kamen nicht zum Einsatz. Die Frequenz in den inneren Stadtgebieten war ebenfalls mäßig. Nur an Nachmittagen und in den Abendstunden vor und nach Schluß der Theater- und Kinovorstellungen konnte eine Belebung verzeichnet werden.

Insgesamt wurden an den drei Feiertagen auf der Straßen- und Stadtbahn 2,8 Millionen Passagiere befördert.

Weihnachtsmarkt mit Preisherabsetzungen
=====

27. Dezember (Rath. Korr.) Wie vom Marktamt der Stadt Wien in seinen Berichten vorausgesagt wurde, waren die Weihnachtsmärkte mit Lebensmitteln aller Art bei unveränderten Preisen gut und reichlich beschiekt. Der Verkauf ging glatt vor sich. Auf einzelnen Gebieten war die Beschickung derart reichlich, daß einerseits der stärksten Nachfrage entsprochen werden konnte, andererseits die Preise nachließen. Es gilt dies vor allem für Geflügel, das trotz nachlassender Preise schließlich im Absatz stockte, so daß am Sonntag die Preise vielfach, insbesondere auf den Landparteiensplätzen, bis auf 14 S je Kilogramm herabgesetzt wurden. Durch das Radio wurden die Verbraucher auf diese günstige Bezugsmöglichkeit aufmerksam gemacht.

Auch beim Weihnachtsbaumverkauf war das Angebot stellenweise so reichlich, daß bis Sonntag weitgehende Preisherabsetzungen festzustellen waren.

Wirtschaftsangelegenheiten

Hierauf erstattete Amtsführender Stadtrat Bauer den Bericht über die Geschäftsgruppe IX, Wirtschaftsangelegenheiten.

Ein Rückblick auf das Jahr 1950 zeigt, daß die österreichische Wirtschaft trotz verschiedener Störungsversuche wieder ein Stück vorwärts gekommen ist. Die Normalisierung der Verhältnisse findet auch in einem so umfangreichen Haushalt, wie dem der Stadt Wien, ihren Niederschlag. Trotzdem kann auch der Voranschlag 1951 nur die dringendsten Erfordernisse aller Verwaltungsgruppen befriedigen.

Das Beschaffungsamt, Magistratsabteilung 54, dem der Einkauf und die Verteilung der Sacherfordernisse für die städtischen Dienststellen und Schulen obliegt, hat derzeit ungefähr 3.700 Verbrauchsstellen zu beliefern. Dem Beschaffungsamt sind ein Zentrallager mit Bäckerei, ein Brennstofflager, ein Schulmöbeldepot und ein Druckereibetrieb angeschlossen. Die Zahl der abgeschlossenen Käufe in der Warengruppe Lebensmittel stieg von rund 2000 im Jahre 1949 auf rund 3000 bis Mitte November 1950. So wurden für die städtischen Wohlfahrtsanstalten im Jahre 1950 u.a. 120.000 kg Salz, 70.700 kg Kaffeemittel, 167.150 kg Reis, 81.520 kg Hülsenfrüchte und fast 2 Millionen Kilogramm Mehl und Teigwaren gekauft.

Auf dem Gebiete der Textilien und Lederwaren konnte erstmalig seit 1938 der gesamte Bedarf der Anstalten und Betriebe beschafft werden. So wurden 1,394.000 m Schafwoll-Leinen und Baumwollstoffe um den Gesamtbetrag von rund 15,5 Millionen Schilling, ferner 25.000 kg Hartleder und 6.500 m² Ober- und Futterleder zur Anfertigung und Reparatur von Schuhen und Stiefeln und außerdem 16.980 Paar fertige Schuhe und Stiefeln um den Gesamtbetrag von 2,6 Millionen Schilling angekauft. In Lohnarbeit wurden 141.222 Stück im Gesamtbetrage von rund 1 Million Schilling vergeben und weiters die Anfertigung und Reparatur von 19.350 Paar Schuhen und Stiefeln im Gesamtbetrage von rund 705.000 Schilling veranlaßt.

Auch im kommenden Jahr wird eine Menge von rund 22.000 m Wollstoffen, 4.000 Stk. Schafwolldecken, ungefähr 60.000 m Leinestoffen und ungefähr 800.000 m Baumwollstoffen notwendig sein, hiervon ist bereits der größte Teil sichergestellt. Leider sind die Preise auf diesem Sektor durch die weltpolitische Lage wesentlich gestiegen.

Als erfreulich bezeichnet es Stadtrat Bauer, daß der gesamte Bedarf an Auto- und Fahrradbereifungen im Inland gedeckt werden kann. Bei Glühlampen und Sicherungen wurde sogar eine Überproduktion festgestellt.

In pharmazeutischen Produkten und Verbandstoffen konnten trotz eingengter Versorgungslage die Anforderungen restlos befriedigt werden.

Der Jahresbedarf von ungefähr 600 Tonnen Papier konnte, wenn auch mit einigen Schwierigkeiten, gedeckt werden. Der Stand der Schreibmaschinen bei der Gemeinde Wien ist derzeit 2.551, bei Buchungsmaschinen beträgt er 43 und bei Rechenmaschinen 334. Für die Neuanschaffung dieses Maschinenparkes müssen Mittel bereitgestellt werden. Für Kanzleimaterial wurden bis Mitte November 1950 rund 450.000 Schilling ausgegeben.

Trotz des empfindlichen Mangels an einheimischer Kohle kann die Brennstoffversorgung als ausgeglichen bezeichnet werden. Trotzdem muß mit den Kohlenvorräten hausgehalten werden.

Für die Instandsetzung von Möbeln und sonstigen Einrichtungsgegenständen hat das Beschaffungssamt ungefähr 600.000 Schilling, das ist etwa das Dreifache des im Jahre 1949 eingesetzten Betrages, aufgewendet. Diese erhöhten Auslagen stehen mit der im laufenden Jahre erfolgten baulichen Fertigstellung verschiedener kriegsbeschädigter Amtsgebäude, die mit restaurierten Einrichtungsgegenständen ausgestattet werden mußten, im Zusammenhang. Für Neuanschaffungen von Möbeln und Einrichtungsgegenständen für Kindergärten, Erziehungsheime, Bäder, Fachschulen und sonstige Anstalten wurden rund 2,5 Millionen Schilling verausgabt. Der Erlös für verkaufte Altmaterial und sonstige Sachgüter beläuft sich bisher auf rund 950.000 Schilling.

Als erfreulich bezeichnet es Stadtrat Bauer, daß die Anforderungen der Volks-, Haupt- und Sonderschulen im Jahre 1950 größtenteils erfüllt werden konnten. Neben 350 vollständigen Einrichtungen für Klassenzimmer und diversen Spezialmöbeln wurden 464.000 Lernbücher, 228.000 sogenannte Klassenlesestoffe mit einem Kostenaufwand von 5,4 Millionen Schilling beschafft werden. Für zwei Schulneubauten konnte die vollständige Ein-

richtung besorgt werden.

Die städtische Bäckerei deckt ungefähr zwei Drittel des Bedarfes der städtischen Wohlfahrtsanstalten. Durch die Anschaffung von zwei neuen Elektrobacköfen ist eine Leistungssteigerung zu erwarten.

Dem Beschaffungsamt ist auch die Mineralölstelle angegliedert, die den zur Verfügung stehenden Treibstoff verteilt. Vom 1. Jänner bis 30. November 1950 wurden u. a. 32.738 Tonnen Benzin, 32.821 Tonnen Gasöl, 9.311 Tonnen Schmieröl usw. verteilt. Der Stand der zu versorgenden Benzinkraftfahrzeuge ist vom 1. Jänner 1950 von 35.500 auf 44.044 mit 1. November 1950 gestiegen.

Die Arbeiten der Magistratsabteilung 54 wurden durch den Textilunterausschuß mustergültig unterstützt. Diese Einrichtung hat wesentlich dazu beigetragen, ein rascheres Arbeiten zu ermöglichen. Stadtrat Bauer dankt ~~allen Mitgliedern~~ des Unterausschusses, aber auch allen Beamten, die mit den schwierigen Ankaufsverhandlungen betraut waren, herzlichst.

Als eine der wichtigsten Abteilungen seiner Geschäftsgruppe bezeichnet Stadtrat Bauer das Liegenschaftsamt, Magistratsabteilung 57. Ihm obliegt die Beschaffung der Grundstücke zur Erfüllung des Wiener Bauprogrammes. Hiefür sind für 1951 14 Millionen Schilling vorgesehen; es ist dies fast das Doppelte des im Vorjahr ausgeworfenen Betrages. Nach Schätzungen dürfte mit den vorhandenen Gründen zur Erfüllung des Wohnbauprogrammes bis 1952 das Auslangen gefunden werden. Mit Stichtag vom 15. November 1950 umfaßte der Alleinbesitz der Gemeinde in Wien rund 2,4 Millionen Ar, außerhalb Wiens rund 2,1 Millionen Ar, der Mitbesitz 63.400 Ar in Wien und 4.500 Ar außerhalb Wiens. Es bestehen mit ungefähr 12.000 Pächtern, bzw. Benützern von Grundstücken, Bestand- oder Benützungsverträge. Der Referent spricht sodann von den großen Schwierigkeiten bei der Freimachung von städtischen Gründen für Wohnbauzwecke.

Als bedauerlich bezeichnet er, daß in der Frage der Rückgabe von 6 Schulgebäuden durch den Bund noch immer kein abschließendes Ergebnis erzielt werden konnte. Auch die Rückstellungsverfahren, die gegen die Gemeinde Wien geführt wurden, haben zum Verlust wertvoller Liegenschaften geführt. Eine Reihe solcher Verfahren sind noch nicht abgeschlossen.

300 neue Schulklassen

Die Magistratsabteilung 55, Verwaltung der Volks-, Haupt- und Sonderschulen, verwaltet derzeit 438 Schulobjekte, 77 davon in den Randgemeinden. Unterrichtszwecken dienen 358 Schulgebäude, 7 sind noch von Besatzungsmächten in Anspruch genommen, 10 dienen der Unterbringung von Flüchtlingen, 7 beschädigte Schulen werden von Bauarbeitern bewohnt, 14 dienen verschiedenen anderen Zwecken und 42 sind wegen ihres Bauzustandes unbenützlich. Die Schülerzahl stieg gegenüber dem Vorjahr um 10.000. 1950 wurde der Bau von sechs neuen Schulen begonnen, für 1951 sind vier weitere Schulneubauten geplant. An der Vollendung von neun schon früher begonnenen Schulhäusern wird gearbeitet und an zwölf Schulgebäuden sollen die Wiederinstandsetzungsarbeiten in die Wege geleitet werden. Insgesamt werden durch diese Bauvorhaben rund 300 Klassen gewonnen werden. Damit ist auch ein Sinken des unerfreulichen Wechselunterrichtes zu erwarten. Die Schülerzahl im Schuljahr 1951/52 dürfte laut Mitteilung des Stadtschulrates für Wien rund 148.000 erreichen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 2.000 Schüler.

Für die Beistellung von Lernmitteln und Inventar sind für 1951 15,650.000 Schilling präliminiert. Der Studienbetrieb am Pädagogischen Institut der Stadt Wien, das der Lehrerfortbildung dient, hat seit der Wiedereröffnung im Jahre 1945 eine gewisse Stabilität erreicht. Auch die pädagogische Zentralbücherei hat sich erfreulich entwickelt.

Die Berufsschulen

Der Magistratsabteilung 56 obliegt die Betreuung von derzeit 35 Berufsschulen, 3 Handelsakademien, 7 Wirtschaftsschulen, 4 Lehranstalten für hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenberufe. Für die insgesamt 35 Berufsschulen sind für den theoretischen und praktischen Unterricht im Voranschlag 1951 insgesamt 900.000 S vorgesehen. Dies bedeutet bei der fallenden Schülerzahl und dadurch, daß die Kosten für die Lehrbücher in dieser Post heuer nicht mehr aufscheinen, eine wesentliche Verbesserung.

27. Dezember 1950

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2353

Zur Beheizung werden in einzelnen Gebäuden neue Anlagen errichtet. So wird unter anderem im ersten Zentralberufsschulgebäude eine der beiden Kesselanlagen mit einem ungefähren Kostenaufwand von mehr als 500.000 S instandgesetzt. Die Kosten des Heizmaterials betragen im laufenden Jahr insgesamt 454.000 S, der Stromverbrauch 127.000 S. Entsprechend den geänderten Preisverhältnissen sind dafür im Jahre 1951 insgesamt 758.000 S vorgesehen.

Zur Wiederherstellung der Berufsschulgebäude wurden heuer insgesamt 1.75 Millionen aufgewendet. Für das nächste Jahr sind 1.3 Millionen vorgesehen. Mit diesem Betrag kann voraussichtlich der Wiederaufbau des Gebäudes in der Mollardgasse baumäßig abgeschlossen werden.

Der Berufsschuljugend stehen auch zwei Zentrallehrlingsbibliotheken mit einem Bücherbestand von rund 34.000 Stück zur Verfügung.

Lehranstalten für hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenberufe

Die vier städtischen Lehranstalten für hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenberufe sind in 6 Gebäuden untergebracht. Wie Stadtrat Bauer mitteilte, wurden für das Schuljahr 1950/51 drei Schulen wegen zu geringer Schüleranmeldungen nicht eröffnet. Die Lehranstalten für hauswirtschaftliche Frauenberufe weisen auch für 1950 eine rückläufige Schülerzahl auf. Die Schülerzahl bei den gewerblichen Frauenberufen ist unverändert geblieben. Die Pragmatisierung der Lehrerinnen an den Lehranstalten wurde in diesem Jahr abgeschlossen.

Handelsakademien und Wirtschaftsschulen

Bei den Handelsakademien und Wirtschaftsschulen ist im heurigen Schuljahr eine steigende Schüler- und Klassenzahl festzustellen. Die mit der Buchkaufmannschaft geführten Verhandlungen über die Rückstellung der Gebäude, in denen die drei Handelsakademien und die drei Wirtschaftsschulen untergebracht sind, konnten noch nicht abgeschlossen werden. Das ungewisse Schicksal dieser Handelsakademien und der drei von den insgesamt sieben Wirtschaftsschulen hat eine gewisse Einschränkung des Aufwandes zur Folge. Trotzdem wurden im laufenden Jahr größere Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Keine Erholung des Wildbestandes

Zu dem Kapitel rechtliche Angelegenheiten des Ernährungs- wesens, der Landeskultur und des Wasser- und Schifffahrtswesens teilte der Berichterstatter mit, daß in dieser Abteilung mit ge- ringen Mitteln gute Arbeit geleistet wird. Das Fischereiwesen ist vorbildlich geordnet; die rechtlichen Voraussetzungen für den Jagdabschlußplan, den Jagdwirtschaftsplan und die Abschluß- listen wurden geschaffen. Bedauerlich ist es, daß die Jagd im Jahr 1950 durch die Jagdausübung von Angehörigen der Besatzungs- mächte außerordentlich gelitten hat. Die Erholung des Wildbe- standes ist dadurch zur Gänze zunichte gemacht. Auch die Fisch- wirtschaft hat durch die Besatzungsmächte schwer gelitten, zumal durch die Verwendung von Sprengkörpern und Chlorkalk auch der Besatz an Jungfischen zugrunde gerichtet wurde. Die Fangstatistik für 1950 weist 446 Zentner Fische gegenüber 1.200 Zentner in normalen Zeiten auf.

Die Aufgaben des Marktamtes

Eine ganz bedeutende Aufgabe hat im Rahmen dieser Ver- waltungsgruppe auch das Marktamt, Sie erstreckt sich nicht nur auf die Verwaltung der Märkte, Markthallen und Brückenwaagen. Dazu gehört auch die Markt-, Gewerbe-, Lebensmittel- und Eich- polizei, die Marktbeobachtung und Preiskontrolle, Naturschutz und besonders alle grundsätzlichen Fragen der Lebensmittelver- sorgung und des Ernährungsdienstes, sowie die Durchführung von statistischen Arbeiten usw. Auch die verbleibenden Agenden des aufgelösten Landesernährungsamtes wurden vom Marktamt über- nommen.

Stadtrat Bauer sprach im einzelnen über die Kontrollen des Marktamtes und hob hervor, daß von 11.700 durchgeführten Milch- proben nicht einmal 2 Prozent beanständigt werden mußten.

Besonders betonte der Referent in diesem Zusammenhang, daß die Aufbringung von heimischem Gemüse derart gesteigert werden konnte, daß nicht nur die Märkte ausreichend beschickt sind, son- dern durch die Senkung der Einfuhr von Importgemüse Devisen im Wert von rund 5 Millionen Schilling erspart werden konnten. Unter dem Beifall der ÖVP sprach Stadtrat Bauer den Wiener Gärtnern seinen Dank aus.

Kriegsschadenbehebung

Für die Kriegsschadenbehebung sind in der Geschäftsgruppe IX 36.9 Millionen Schilling vorgesehen, von denen 20 Millionen auf die Volks-, Haupt- und Sonderschulen, 1.3 Millionen auf die Berufsschulen, 600.000 S auf die Märkte und 15 Millionen Schilling auf Schlachthöfe und Zentralviehmärkte entfallen. Stadtrat Bauer gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß durch diese Summen der größte Teil der Kriegsschäden behoben werden kann.

Wiener Fleischversorgung

Wenn man bedenkt, daß allein die Kriegsschäden an den Schlachthöfen und auf dem Zentralviehmarkt mit 60 Millionen beziffert werden, kann man erst die ungeheuren Schäden abschätzen. Mit den Ansätzen für 1951 wird es jedoch möglich sein, Erleichterungen am Viehmarkt in die Wege zu leiten. Wenn Marktamt und Veterinäramt so wie bisher zusammenhelfen, wird eine reibungslose Arbeit in St. Marx auch in Zukunft gewährleistet sein.

Der Referent bemerkte bei dieser Gelegenheit, daß in absehbarer Zeit die Schlachtzeiten geregelt werden sollen und auch die Frage, ob der Schlachtzwang in St. Marx wieder einzuführen sei. Es gibt große Privatschlachtstätten in Wien, die einwandfrei eingerichtet sind und erhalten bleiben können. Es muß aber vorgesorgt werden, daß nicht unbeschautes Fleisch der Bevölkerung zum Kauf angeboten wird. Wenn man bedenkt, welche große Mengen von Fleisch nach Wien gebracht werden, ohne daß bisher die Bevölkerung durch schlechte Ware gefährdet war, kann man erst recht die ungeheure Aufgabe der Veterinäre ermessen.

Zum Abschluß seiner Ausführungen dankte Stadtrat Bauer den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses IX sowie den Beamten, Angestellten und Arbeitern seiner Geschäftsgruppe für ihre mühevollen Arbeit. Er ersuchte um Genehmigung der Ansätze seiner Geschäftsgruppe. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Matejka (LBl.) bemängelt, daß bisher für die Hauptschulen erst ein einziges Geschichtsbuch über das Altertum - und nicht für den ganzen Zeitraum - fertiggestellt wurde. Der zuständige Stadtrat möge den Gemeinderat darüber informieren, wie weit die Vorarbeiten auf dem Gebiet der Schulbücher gediehen sind.

Der Redner weist darauf hin, daß es noch viele private Parkanlagen gibt, die kaum oder überhaupt nicht benützt werden und die daher für die Öffentlichkeit erschlossen werden sollten.

In Wien gebe es auf Stiftsgrund rund 3.000 Siedlerstellen. Obwohl dieser Boden erst durch die Arbeit der Siedler einen Wert gewann, hat das Stift in den letzten Jahrzehnten den Pachtschilling immer weiter erhöht, obwohl das Stift seinerzeit die Gründe durch Schenkungen erwarb. Seit Jahren bemühen sich die Siedler vergebens, ihre Parzellen zu "christlichen" Preisen zu erwerben.

Der Linksblock hält es für notwendig, daß sich hier die zuständigen Stellen der Stadt Wien einschalten, da die in Frage kommenden Siedler vorwiegend Arbeiter, Angestellte und Pensionisten sind. Das Stift braucht ja heute die Gründe gar nicht mehr. Es solle sich an den Grundsatz des hl. Augustinus halten: "Wer überflüssiges Gut besitzt, besitzt fremdes Gut!"

Aus den genannten Gründen sei es dem Linksblock unmöglich, für die Ansätze dieser Geschäftsgruppe zu stimmen.

GR. Ing. Haider (WdU) kommt auf Grund des um 30 Prozent erhöhten Budgetansatzes für Leistungen der städtischen Bäckerei zu dem Schluß, daß die innerbetriebliche Versorgung doch nicht so billig erfolge, als man es erwarten müßte. Die städtischen Anstalten würden wahrscheinlich nicht teurer und nicht schlechter bei privaten Bäckereibetrieben einkaufen.

Er verweist weiter auf die absinkenden Frequenzzahlen der Lehranstalten für hauswirtschaftliche Frauenberufe. Vielleicht fehle es hier an der nötigen Reklame für diese Lehranstalten. Diese Schulen seien vor allem deswegen von so großer Wichtigkeit, weil sie die Ausgangsstufe einer Schulbildung sind, die dem Fremdenverkehr dient.

Die Unabhängigen werden für diese Ansätze dieses Kapitels stimmen.

GR. Etzersdorfer (ÖVP) fordert, daß bei Vergebung von Aufträgen nicht so sehr persönliche Beziehungen in der Vordergrund treten sollen, sondern vielmehr kaufmännische Grundsätze von den wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinde eingehalten und Konkurrenzangebote mehr beachtet werden.

Er erinnert an die alten Forderungen der Volkspartei nach Errichtung eines Zentralmarktes und nach Beteiligung der kleinen Handwerker an Großaufträgen der Gemeinde Wien. Viele Aufträge können von Gewerbetreibenden wegen mangelnder Geldmittel nicht angenommen werden; in diesen Fällen wäre es angezeigt, so wie früher Darlehen für die Auftragsvergebung zu gewähren. Durch die Pfuscher werde der Allgemeinheit schwerer Schaden zugefügt. Dem Wiener Magistrat stehe das Recht der Beschlagnahme der Geräte, mit denen gepfuscht wird, zu. Dies sei gegenwärtig die einzig wirksame Maßnahme, den unlauteren Wettbewerb außer Konkurrenz zu stellen, der übrigens auch oft dem Auftraggeber durch unsachgemäße Ausführung schweren Schaden zufügt.

Der Redner verweist sodann auf die große Bedeutung des Pädagogischen Institutes, das heute von mehr als einem Drittel der Wiener Lehrerschaft besucht werde. Die Zahl der Vortragenden an dieser Anstalt ist von 149 im Sommersemester 1949 auf 181 im November/1950 gestiegen. Die Zahl der inskribierten Hörer hat sich in der gleichen Zeit von 1978 auf 2271 erhöht.

Seine Fraktion begrüße die Ansätze für die Schulneubauten, die es ermöglichen sollen, die Schulraumnot zu bekämpfen. Es sei zu hoffen, daß durch die im Budget vorgesehenen Bauvorhaben eine bedeutende Senkung des Schulraummangels eintreten könne. 31 Schulgebäude sind noch immer nicht in den Besitz der Schulverwaltung gelangt, man müsse daher auch hier wieder den Appell an die Besatzungsmächte richten, diese Gebäude für ihren Zweck freizugeben. Der Redner dankt auch den Elternvereinen für die Unterstützung, die sie in diesen schweren Zeiten den Schulen widmen, und spricht die Bitte aus, immer auf dem Boden objektiver Sachlichkeit zum Wohle der Kinder zu bleiben.

Die ÖVP stimme für die Ansätze der Verwaltungsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten. (Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)

GR. Lötsch (SPÖ) erklärt auf das Kapitel der Grund- und Bodenpolitik eingehend, daß es die Sozialisten als die vornehmste Aufgabe jeder Gemeindeverwaltung betrachten, Grund und Boden in eigenen Besitz zu bekommen. Es kann nur dann eine großzügige Stadtplanung erfolgen, wenn die Gemeinde im Besitz von Grund und Boden ist. Der Redner weist darauf hin, wie notwendig es wäre, daß Arbeiter und Angestellte in der Nähe ihrer Arbeitsstätte wohnen

könnten und nicht täglich mehrere Stunden ihrer Freizeit verfahren müßten. Wie sehr die Sozialisten auf dem Standpunkt stehen, daß die Gemeinde Wien über Bodenbesitz verfügen muß, zeigte bereits die sozialistische Gemeinderverwaltung, die vom Jahre 1919 bis 1933 die Geschäfte in dieser Stadt geführt hat. Ihr verdanken wir auch einen großen Teil unseres heutigen Bodenbesitzes. (Beifall bei der SPÖ.) In der Zeit zwischen 1934 und 1945 wären keine nennenswerten Grundkäufe erfolgt. Erst nach 1938 kamen wieder Gründe dazu; mit diesen könne aber die Gemeindeverwaltung keine Freude haben, denn es laufen um die Rückgabe derselben viele komplizierte Prozesse. Der Redner drückt sodann seine Freude über die von Stadtrat Resch gemachte Bemerkung aus, daß der Kredit des Liegenschaftsamtes nicht begrenzt ist, sondern daß er gerne bereit ist, weitere Zuschußkredite zu gewähren, um den Grundkauf möglich zu machen.

Zu den von GR. Dr. Matejka angeregten Verhandlungen über den Verkauf von Klosterneuburger Stiftgründen an Siedler, teilt GR. Lötsch mit, daß derartige Verhandlungen seit langem geführt werden. Er erklärt, das Stift hätte bereits den Verkauf der Gründe zugesagt, habe jedoch immer neue Ausflüchte um ihn aufzuschieben. Der Redner erklärt, es wäre ja bekannt, daß das Stift bei seiner Bodenpolitik auch eine Preiswucherpolitik betreibe. Er hofft jedoch, daß es schließlich doch gelingen wird, den Siedlern den Kauf des Grundes, den sie durch Jahre hindurch bearbeiten, zu ermöglichen.

Zu den von Stadtrat Bauer bereits gebrachten Ausführungen über den Ausbau des Schulwesens erklärt GR. Lötsch, daß dieser Ausbau ein Herzensbedürfnis der Sozialisten sei. Sie wenden diesem Streben große Sorgfalt und großes Augenmerk zu. Der Redner spricht auch von den Bestrebungen, tüchtige Lehrer heranzubilden. Auch für den Wiederaufbau und Neubau von Schulen muß alles getan werden. Er begrüßt den Bau von sechs neuen Schulen im kommenden Jahr und den sich ständig verminderten Wechselunterricht an den Schulen.

Im Schuljahr 1945/46 hatten 49,5 Prozent der Kinder Wechselunterricht und 4,1 Prozent der Kinder Schichtunterricht, das heißt es waren drei Schichten notwendig, um der großen Anzahl von Kindern den notwendigen Unterricht zu geben. Im Schuljahr 1950/51 haben nur mehr 23 Prozent der Kinder Wechselunterricht, der Schichtunterricht ist gänzlich aufgehoben. Der Redner begrüßt es, daß die Gemeinde Wien in diesem Schuljahr für die Volks-, Haupt- und Sonderschulen um rund 37 Millionen Schilling mehr aufwenden kann, als im vergangenen.

Zu den Schlachthöfen und dem Zentralviehmarkt übergehend, spricht GR. Lötsch von den großen Kriegsschäden an diesen Anlagen und daß es langsam doch gelungen ist, diese zum größten Teil zu beseitigen. Er glaubt, daß es auch auf diesem Gebiete in absehbarer Zeit möglich sein wird, die gewohnte Ordnung wiederherzustellen.

Der Redner begrüßt auch, daß das Beschaffungsamt alle Käufe, die zur Versorgung der Spitäler und Anstalten mit Wäsche erforderlich waren, tätigen konnte. Er erklärt, aus allen diesen Dingen ist ersichtlich, daß die Gemeinde Wien alle Anstalten macht und alle Kräfte mobilisiert, um den Aufbau der zerstörten Wirtschaft möglich zu machen. Wenn der Aufbau weiterhin in ruhigen und geordneten Verhältnissen vor sich gehen kann, dann können noch im Laufe dieser Legislaturperiode alle jene Einrichtungen geschaffen werden, die die Gemeindeverwaltung braucht, um sowohl das Schulwesen als auch alle anderen wichtigen Einrichtungen so auszugestalten, wie es im Interesse der Gemeinde Wien notwendig ist. Aus diesem Grunde stimme er für seine Partei den Ansätzen für das Kapitel IX zu. (Beifall bei der SPÖ.)

Ansätze des 9. Hauptstückes angenommen

Stadtrat Bauer stellt in seinem Schlußwort mit Befriedigung fest, daß keiner der Debatteredner gegen das Budget seiner Verwaltungsgruppe als solches gesprochen hat. Was an Kritik angeführt wurde, liege nicht im Bereich der Geschäftsgruppe IX und daher auch nicht in seiner Macht, es zu ändern.

Der Referent beschäftigt sich dann mit den Ausführungen von GR. Dr. Matejka und weist auf die Schwierigkeiten hin, die sich bei der Neuanschaffung von Schulbüchern ergeben. Es ist für die Gemeinde schwer, neue Bücher zu bestellen, wenn zum Beispiel

beim Atlas nicht einmal feststeht, welche Grenzen die einzelnen Länder haben, oder wenn eine Besatzungsmacht wünscht, daß diese oder jene Grenze nicht **ingezeichnet** wird.

Was die Grundspekulation anlange, betonte Stadtrat Bauer, daß es ein Pächterschutzgesetz gibt und daher auch keine Möglichkeit ist, den Pächtern andere Bedingungen aufzuerlegen. Es ist sicherlich notwendig, daß auch mit den Stiftungen wegen der Abgabe von Gründen an Siedler verhandelt wird, aber dafür ist die Gemeinde nicht zuständig. Der Referent gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß eine Einigung möglich sei.

Zu den Ausführungen von GR. Haider über die Rentabilität der städtischen Bäckerei bemerkt Stadtrat Bauer, daß die privaten Bäcker gar nicht in der Lage wären, den Bedarf der Spitäler und Anstalten plötzlich zu befriedigen. Außerdem müsse man mit allen Mitteln darnach trachten, das Defizit der Krankenanstalten zu verringern. Dazu trage auch der Bäckereibetrieb bei.

Wegen der sinkenden Schülerzahlen bei den Lehranstalten für hauswirtschaftliche Frauenberufe stellt der Referent fest, daß dafür sehr wohl Reklame gemacht wurde, es aber auch andere Möglichkeiten der Berufsausbildung gebe.

Zu der Forderung von GR. Etzersdorfer nach der Errichtung eines Zentralmarktes weist Stadtrat Bauer auf die Schwierigkeiten hin, einen geeigneten Platz zu finden. Es wird notwendig sein, diese Frage möglichst rasch zu lösen, denn die Bautätigkeit der Stadt Wien hält nicht still.

Über die Pfuscherfrage sagte Stadtrat Bauer, daß es sehr leicht sei, dem Marktamt Aufgaben zuzuweisen, denen es beim besten Willen nicht gewachsen ist. Er betonte, daß es die Umstände sind, die die Leute zum Pfuschen anregen.

Schließlich beschäftigt sich der Referent auch mit den Berufsschulen und weist darauf hin, daß 1952 ein Ansturm der starken Jahrgänge aus der Hitlerzeit zu erwarten sei. Es wird schon jetzt versucht, einen Ausweg zu finden, um die große Zahl der zu erwartenden Schüler unterzubringen.

In diesem Zusammenhang betont Stadtrat Bauer auch, daß es für die Verwaltung sehr schwierig ist, festzustellen, ob alle Anforderungen, die an sie gerichtet werden, auch berechtigt sind. Es könne nur gleichmäßig verteilt und Rückständiges nur langsam aufgeholt werden. Auch bei den Berufsschulen wurden dort, wo es notwendig ist, neue Wege beschritten.

Zu den Ausführungen von GR.Lötsch, daß die Gemeinde Wien Großgrundbesitzer geworden ist, stellt der Referent fest, daß die Gemeinde durch die Ankäufe von Gründen nicht preistreibend wirkt. Er betont die Notwendigkeit, günstige Grundkäufe so rasch wie möglich abzuwickeln und richtet das Ersuchen an Stadtrat Resch, die erforderlichen Summen im Bedarfsfall schnell flüssig zu machen.

Stadtrat Bauer unterstreicht auch unter dem Beifall der ÖVP, daß der Ausbau des Schulwesens nicht nur ein Herzensbedürfnis der politischen Parteien, sondern der ganzen Bevölkerung ist, denn in einem geordneten Schulwesen liegt die Zukunft der Stadt und des ganzen Staates.

Über die Schlachthöfe und dem Zentralviehmarkt sagte der Referent, daß überlegt werden müsse, ob alles so wie früher ausgebaut werden soll. Wir haben neue Ernährungsmethoden kennengelernt, und der Fleischkonsum ist etwas zurückgegangen. Als vorausschauende Verwaltung müsse die Stadt Wien auch diesem Umstand Rechnung tragen.

Bei den Textilankäufen ist es gelungen, alle Anforderungen zu erfüllen; es besteht die beste Aussicht, dies auch im kommenden Jahr tun zu können.

Abschließend betonte Stadtrat Bauer, daß in der Geschäftsgruppe IX ein sehr inniger Kontakt innerhalb des Ausschusses besteht und die Arbeit wirklich Freude bereite. Er dankte allen Debatteredner für ihre Sachlichkeit und ersuchte um die Zustimmung für das Budget der Geschäftsgruppe IX. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des IX.Hauptstückes ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen.

- . -

In den Abendstunden wurde noch mit den Beratungen über die Geschäftsgruppe X, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, begonnen. Die "Rathaus-Korrespondenz" wird morgen vormittag darüber berichten.

Rindermarkt vom 27. Dezember, Hauptmarkt
=====

27. Dezember (Rath.Korr.) Neuzufuhren Inland: 231 Ochsen, 104 Stiere, 589 Kühe, 51 Kalbinnen, Summe 975. Unverkauft: 8 Ochsen, 15 Stiere, 24 Kühe, Summe 47. Verkauft: 223 Ochsen, 89 Stiere, 565 Kühe, 51 Kalbinnen, Summe 928. Außermarktbezüge: 134 Rinder. Preise: Ochsen 4.80 bis 7.30 (6.30 bis 6.50) S, Stiere 6.- bis 8.- (7.50) S, Kühe 5.- bis 6.30 (5.50) S, Kalbinnen 6.20 bis 7.10 (6.70) S, Beinlvieh 4.- bis 5.10 (4.50 bis 4.70) S. Extrempreise: 11 Ochsen 7.40 bis 7.80 S, 7 Stiere 8.10 bis 8.50 S, 17 Kühe 6.40 bis 6.70 S, 6 Kalbinnen 7.30 S.

Bei anfangs lebhaftem, später abflauendem Marktverkehr verteuerten sich sämtliche Qualitäten bis zu 30 g je Kilogramm Lebendgewicht.